

Stoppt die rot-grüne Kürzungspolitik



„Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen: Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß es bei den notwendigen Veränderungen fair und gerecht zugeht.“ (SPD-Bundestagswahlprogramm)

„Gerechtigkeit ist möglich“ (Bundestagswahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen).

Gleich ein dutzendmal sprechen die Grünen in ihrem Bundestagswahlprogramm von „sozialer Gerechtigkeit“, Verteilungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit oder schlicht von „Gerechtigkeit“. Im SPD-Programm wird sogar 18 mal „Gerechtigkeit“, „soziale Gerechtigkeit“, „Beitragsgerechtigkeit“ und „Steuergerechtigkeit“ versprochen.

Jörn Kropf, Hamburg

30 Milliarden DM (das sind dreißigttausend Millionen)

müssen laut Finanzminister Eichel im nächsten Bundeshaushalt eingespart werden. Wird es dabei sozial gerecht zugehen? Für die Grünen erklärte deren Finanzexperte Oswald Metzger, bei den Haushaltsberatungen dürfe es „keinerlei Tabus geben“. „Eine Konsolidierung mit harten Einschnitten ist ohne Alternative.“

Keine Tabus bei der Streichung von Steuerprivilegien für die Reichen? Harte Einschnitte bei Millionären und Milliardären? Das Gegenteil ist der Fall. Geplant ist eine unsoziale und ungerechte rigorose Kürzungspolitik zu Lasten aller, außer der Begüterten, die schon unter Kohl immer reicher geworden sind. Allein für den Bereich „Arbeit und Soziales“ sollen 12,8 Milliarden gestrichen werden. Eine Kürzung von Arbeitslosengeld und -hilfe ist im Gespräch. Auch im Ministerium für Bildung und Forschung sollen

Leistungen für 1,1 Milliarden entfallen.

Die Reichen werden reicher

Begründung für die massiven Kürzungen sind damals wie heute die hohe Staatsverschuldung und fehlende Steuereinnahmen.

Während Eichel „ab sofort einen rigorosen Sparkurs“ fährt, betont er: „An der Unternehmenssteuerreform wird festgehalten“. Auf deutsch: Die Unternehmenssteuern werden weiter gesenkt. Seit 1990 wurden die Unternehmen laut SPD-Finanzexperten Joachim Poß bereits um 50 Milliarden DM entlastet. (Hamburger Abendblatt, 16. 3. 99). Ganz von der Steuer befreit hat sich der DaimlerChrysler-Konzern. Er rechnete sich trotz Rekordgewinnen so arm, daß der Autokonzern seit fünf Jahren keine Steuern zahlen muß.

In Deutschland ist seit Jahren eine gigantische Umverteilung des Reichtums von unten nach oben im Gange.

Deutschland ist das sechstreichste Land der Welt. Und gleichzeitig sind sieben Millionen Menschen ohne Arbeit. Allein eine Million Kinder ist auf Sozialhilfe angewiesen. Immer mehr Sozialhilfeempfängern stehen immer mehr Millionäre gegenüber. 1997 besaßen allein die reichsten 47 Familien Deutschlands über 263 Milliarden DM (263.000.000.000) - das ist die Hälfte eines Bundeshaushaltes. Seit den 80er Jahren wird die Massenarbeitslosigkeit ge-

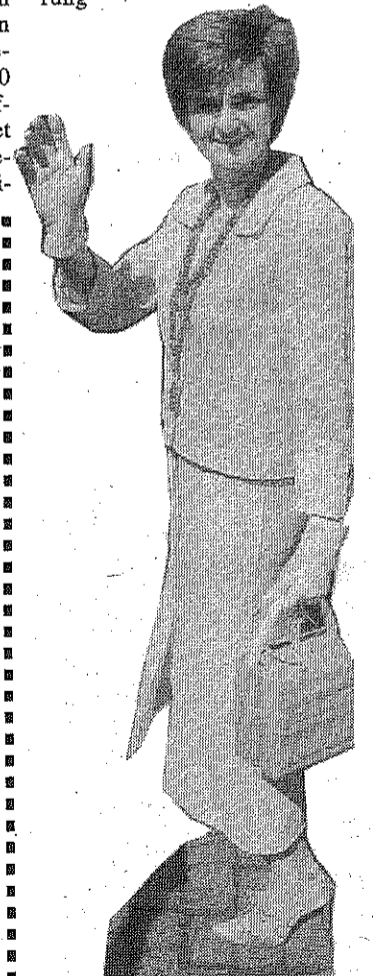
nutzt, um soziale Errungenschaften abzubauen. Gleichzeitig werden die Reichen steuerlich entlastet. Durch Erhöhung von Verbrauchssteuern (Benzinsteuer, Mehrwertsteuer usw.) finanzieren die Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Rentner den wachsenden Wohlstand Weniger.

Dieses Sparpaket ist erst der Anfang. Mehrwert- und Mineralölsteuererhöhungen und ein weiteres Kürzungspaket von 50 Milliarden DM sind geplant. 1996 folgten 350.000 dem Aufruf der Gewerkschaften um gegen das Sparpaket der Kohl-Regierung zu demonstrieren. Mit ihrer derzeit-

gen Stillhaltepolitik unterstützt die Führung der Gewerkschaften praktisch die Kürzungspolitik der Regierung. Es ist höchste Zeit das zu ändern:

★ Schluß mit Kürzungen und Steuererhöhungen zu Lasten der breiten Masse der Bevölkerung

★ voller Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft gegen die Kürzungspläne der Regierung



Die Reichen haben auch unter der neuen Regierung gut Lachen: Fürstin Gloria von Thurn und Taxis - ihre Familie besitzt ein Milliardenvermögen.

Zahlen - Daten - Fakten

- ◆ Wäre der Anteil der Gewinnsteuern der Unternehmen am gesamten Steueraufkommen noch so hoch wie 1980 hätte der Staat gut 100 Milliarden DM mehr pro Jahr in der Kasse (Quelle: WSI).
- ◆ 1997 besaßen allein die reichsten 47 Familien Deutschlands über 263 Milliarden DM (263.000.000.000) - das ist die Hälfte eines Bundeshaushaltes. (Quelle: „Wasserprediger und Weintrinker“, Beck/Meine, Steil-Verlag).
- ◆ Arbeitnehmer müssen über 90 Prozent ihres Einkommens versteuern, Selbständige und Unternehmer nur noch 55 Prozent (Quelle: DIW).
- ◆ Deutsche Bank: Im 1. Quartal 1999 +33 Prozent Gewinn = 1,2 Mrd. DM (Hamburger Abendblatt, 18. 5. 99)
- ◆ DaimlerChrysler: Betriebsgewinn in 1998: 17 Milliarden DM. Steuerzahlungen: 0 DM (Junge Welt, 18. 5. 99).
- ◆ Dresdner Bank: Gewinn vor Steuern im 1. Quartal: +39 Prozent = 909 Millionen DM (Hamburger Abendblatt, 29. 5. 99).
- ◆ Volkswagen: Gewinn 1998 2,2 Milliarden (Junge Welt, 2. 6. 99)
- ◆ Siemens: Ergebnis vor Steuern im 1. Halbjahr des Geschäftsjahres 98/99: +17 Prozent = 1,389 Milliarden DM (Junge Welt, 18. 5. 99).
- ◆ Umgerechnet verdient der Bertelsmann-Konzernchef 1305 DM pro Stunde; ein Arbeiter in der niedersächsischen Metallindustrie 22,72 DM (Quelle: „Wasserprediger und Weintrinker“).



Armenküche in Berlin: Anstatt die Armut abzuschaffen, will die Schröder-Regierung das „Anspruchsdenken“ beenden und Sozialleistungen kürzen.

Kriegsende
= Frieden?

Wie der Imperialismus die „3. Welt“ ausbeutet

Auf Angriffskurs:
Die neue Strategie der NATO

Schauprozeß gegen
das kurdische Volk



Das Schicksal der Flüchtlinge diente dem Westen nur als Vorwand für seine Intervention: Kosovo-Flüchtlinge in Mazedonien, von Polizisten mit Gummiknüppeln in Schach gehalten

... Kriegsende ist kein Frieden

(Fortsetzung von Seite 8)

Clinton bezeichnete Milosevic als „gottlosen Despot“, Scharping und Fischer verglichen Milosevic mit Hitler. Milosevic wird offiziell als Kriegsverbrecher angeklagt. Aber das hindert den Westen nicht daran, mit ihm selbst und seinen Handlangern zu verhandeln und neue Abkommen zu schließen. Der Westen weiß auch ganz genau, daß Milosevic nicht allein Krieg gegen die Kosovo-Albaner geführt hat, sondern seine ganze Regierung, seine Generäle, Polizeichefs und Paramilitärs und die Kapitalistenclique, die hinter ihm steht. Aber sie setzen darauf künftig zumindest mit einem Teil der Kriegsverbrecher wieder ins Geschäft zu kommen.

Opposition in Serbien geschwächt

Angeblich sollte sich der Krieg nicht gegen die serbische Zivilbevölkerung richten. Die NATO-Befehlshaber und die Regierungen, die hinter ihnen standen, haben aber bewußt die Lebensgrundlagen der serbischen Bevölkerung zerbombt und sie damit auch erstmal als Oppositionsfaktor gegen das Milosevic-Regime ausgeschaltet bzw. geschwächt. Wenn der Westen Mittel zur Verfügung stellt für einen Wiederaufbau, dann wird er dafür die Bedingungen diktieren. Das Elend und die Armut werden zur Bereicherung von westlichen Kapitalisten und ihren Freunden im Balkan und zur Stärkung deren

ökonomischer und politischer Macht ausgenutzt.

Neue Kriege vorprogrammiert

Mit der Verschlechterung der Lage der Bevölkerung durch den Krieg auf dem Balkan, mit der verstärkten militärischen Präsenz verschiedener UNO-Staaten auf dem Balkan und mit der weiteren Mißachtung des Rechts auf Selbstbestimmung der Kosovo-Albaner, sind weitere nationale Unterdrückung und militärische Konflikte vorprogrammiert. Der Krieg auf dem Balkan wird darüberhinaus weltweit die Aufrüstung anheizen. Aus der waffentechnischen Unterlegenheit Jugoslawiens gegenüber der NATO werden andere Regionalmächte die Schlußfolgerung ziehen, sich auf einen ähnlichen Angriff militärisch vorzubereiten. Der russische Vizeregierungschef Klebanow erklärte bereits Anfang Juni: „Wir sollten umgehend Maßnahmen ergreifen, um unsere Streitkräfte mit den neuesten Präzisionswaffen auszurüsten.“ Das US-Kommando im Krieg gegen den Balkan hat in den westeuropäischen Staaten Tendenzen zum Ausbau der nationalen militärischen Macht und zur Modernisierung der Waffensysteme sowie eines von den USA unabhängigen europäischen Militärapparats gestärkt. Die Fortexistenz des Kapitalismus bedeutet die Fortexistenz von Kriegen. Weder auf dem Balkan, noch sonstwo auf der Welt ist das kapitalistische System in der Lage Frieden zu garantieren.

Sozialistische Lösung

Sowohl im Kosovo als auch auf dem Balkan, in Europa

und der ganzen Welt gibt es nur eine Möglichkeit auf Dauer Frieden zu schaffen: das kapitalistische System zu beseitigen, das auf Ausbeutung, Profitmaximierung und Konkurrenzkampf basiert und dadurch immer wieder zu Krieg führt. Nur in einer Gesellschaft, die aufgebaut ist, auf Gemeineigentum an Produktionsmitteln und in der Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von der arbeitenden Bevölkerung national und international demokratisch und solidarisch organisiert werden, gibt es keinen Grund mehr für Kriege. Das verstehen wir unter sozialistischer Gesellschaft und dafür kämpfen wir. Eine Grundvoraussetzung dafür ist der Wiederaufbau einer starken Arbeiterbewegung mit sozialistischen Parteien zusammengeschlossen in einer Internationale. Eine solche Bewegung und solche Parteien bauen die SAV und das Komitee für eine Arbeiterinternationale auf.

unser standpunkt

Von Siegern und Verlierern

Auf allen Seiten herrschte Freude am Tag Eins nach dem Ende der NATO-Bombenangriffe gegen Jugoslawien: Milosevic sprach davon, daß das Land erfolgreich verteidigt wurde und das Kosovo nicht aufgegeben wurde; die NATO sagt, alle Ziele des Westens seien erreicht worden. Gibt es nur Sieger und keine Verlierer in diesem Krieg? Die Verlierer des Krieges sind die ArbeiterInnen und armen Bauern, egal ob KosovarInnen, SerblInnen oder Angehörige anderer Volksgruppen. Das Flüchtlingselend ist noch lange nicht zu Ende. Die Flüchtlinge werden in zerstörte Gebiete zurückkehren und Not und Elend wird für sie kein Ende finden. Viele werden wahrscheinlich den Winter in Lagern beiderseits der Grenze zubringen müssen. Gleichzeitig kommt es zu einer neuen Flüchtlingswelle. Die serbische Minderheit im Kosovo fühlt sich nicht mehr sicher. Während des Krieges sind schon 100.000 von 200.000 SerblInnen aus dem Kosovo geflüchtet.

Entgegen aller Propaganda stellt die Entwicklung und der Ausgang des Krieges für die NATO-Staaten keinen großartigen Sieg dar. Milosevic mußte sich zwar der Übermacht des Westens beugen aber die NATO konnte wichtige Ziele nicht durchsetzen. Die ursprüngliche Rechnung, Milosevic mit der Androhung von Gewalt oder aber mit ein paar Luftangriffen zum Nachgeben zu bewegen, ging nicht auf. Vor allem zeigte der Krieg auf, daß die Einheit der NATO-Staaten bei weitem nicht so gefestigt war, wie sie es versuchen darzustellen und daß die Macht der großen imperialistischen Mächte sehr wohl Grenzen hat. Es gab keine Einigkeit zwischen den verschiedenen NATO-Staaten über die Frage eines Einsatzes von Bodentruppen. Die Mehrzahl der NATO-Staaten wollte dieses Risiko nicht eingehen, wußten sie doch, daß ein Bodenkrieg wahrscheinlich zu hohen eigenen Verlusten geführt hätte, was wiederum politische Krisen und Oppositionsbewegungen an der „Heimatfront“ bedeutet hätte.

Die NATO wollte den Krieg gegen Jugoslawien nutzen, um ein Exempel zu statuieren: die NATO kann solche Kriege alleine, ohne eine Zustimmung der Vereinten Nationen beginnen und erfolgreich beenden. Es war der Versuch Rußland und China an den Rand zu drängen und den Anspruch, der vor allem

von der dominierenden NATO-Macht US besteht, als Weltpolizist die Weltherrschaft auszuüben, zu unterstreichen. Dieser Versuch ist gescheitert. Letztlich mußte die NATO doch die Einbindung der Vereinten Nationen und vor allem Rußlands akzeptieren. Damit hat der Krieg nicht zuletzt die tiefen Konflikte zwischen den USA und der EU widergespiegelt. Einerseits wäre die EU eigenständig nicht in der Lage gewesen, diesen Krieg zu führen und die militärische Vorrangherrschaft der USA hat sich manifestiert. Andererseits ist die Beendigung des Krieges ein diplomatischer Erfolg Europas, bei dem die USA weitgehend außen vor blieben. Das Geständnis der NATO an Rußland und China ist aber viel mehr ein politisch-symbolisches als ein praktisches.

Das Kosovo wird in fünf Zonen unterteilt, die alle unter dem Kommando eines NATO-Staates stehen werden. Auch wenn das genaue Verhältnis zwischen russischen und NATO-Truppen noch unklar ist, wird die NATO den Kern der KFOR-Truppen bilden und wird ein NATO-General KFOR-Oberbefehlshaber werden. Die Kontrolle über das Kosovo liegt also de facto in den Händen der imperialistischen NATO-Staaten.

Deutschland hat diesen Krieg genutzt, um zum ersten Mal seit dem II. Weltkrieg wieder direkt militärisch im Kampf um Macht und Einfluß in der Welt mitzumischen.

Die Menschen auf dem Balkan und in der ganzen Welt sind erleichtert, daß das Bomben ein Ende hat. Aber das Leben für die Massen auf dem Balkan bleibt ein Alptraum. Nationale Konflikte, Vertreibungen und militärische Auseinandersetzungen werden weiter gehen und neu ausbrechen. Der sogenannte Frieden ist ein imperialistisches Diktat zur Unterdrückung der Völker Serbiens und des Kosovo. Das Kriegsende bringt noch keinen Frieden. Wirklicher und dauerhafter Frieden sind nicht auf der Grundlage der kapitalistischen Profitwirtschaft erreichbar.

Nur wenn die arbeitenden und unterdrückten Massen des Balkans im Kampf gegen ihre gemeinsamen Unterdrücker ihre Spaltung überwinden und den Weg einer freiwilligen, sozialistischen Föderation der Balkanländer einschlagen, kann es eine Zukunft für diese Region geben.

11. 6. 99

Höhere Löhne statt Billigjobs



Billigjobs: ungesichert und unterbezahlt.

Die Unternehmer malen den Zusammenbruch ganzer Branchen durch Massenkündigungen an die Wand. Angeblich würden sie jetzt keine Mitarbeiter mehr finden.

Wenn das so ist, gibt es eine einfache Lösung. Die Unternehmer müßten nur mehr Lohn bezahlen. Die Tradition der 630-Mark-Jobs hat es im Unternehmerlager zur Selbstverständlichkeit gemacht, daß sie Teilzeitkräfte unter Tarif und ohne Sozialversicherung bekommen. Warum sollten sie ausgerechnet in einer Zeit, wo Millionen auf der Straße stehen und um einen Arbeitsplatz konkurrieren daran rütteln las-

Arbeitsverhältnisse zur Regel machen. Die Zeitungsverlage, die riesige Gewinne einfahren, sind nicht bereit, ihre ZustellerInnen besser zu bezahlen. Deshalb stellen sie sich an die Spitze der Lügenkampagne gegen die Neuregelung der 630-Mark-Jobs.

Mitarbeiter der Berliner Zeitung „Junge Welt“ wollten wissen, was an der Behauptung dran ist, daß Betriebe händeringend Hilfskräfte auf 630-Mark-Basis suchen würden. Sie haben bei besagten Betrieben angerufen und sich beworben: überall mußten sie erfahren, daß es keinen Bedarf für Mitarbeiter gibt.

auf 630-Mark-Basis haben kein weiteres Einkommen und müssen deshalb auch nach der Neuregelung keine Abgaben bezahlen. Die Neuregelung ist allerdings eine Hürde für die Ausweitung bei Zweit- und Drittjobs. Gerade die haben in den letzten Jahren zugenommen.

Lohnrückerei, Abgruppierungen durch Privatisierung und Outsourcing haben dazu geführt, daß immer mehr abhängig Beschäftigte mit einem Lohn nicht mehr über die Runden kommen und gezwungen sind, einen oder zwei schlechterbezahlte und sozial nicht abgesicherte Nebenjobs anzunehmen. Die daraus resultierende Nachfrage nach Nebenjobs erleichtert es den Unternehmern, weitere Vollzeitarbeitsplätze abzubauen und in Teilzeitstellen umzuwandeln. Die Neuregelung der 630-Mark-Jobs wird diesen Teufelskreis nicht stoppen. Im Wesentlichen besteht die ganze Neuregelung darin, daß die bisherigen Abgaben an die Sozialversicherung und nicht mehr an die Finanzämter gehen. Für die Beschäftigten selbst bedeutet es mehr bürokratischen Aufwand und Verunsicherung. Und diese Verunsicherung könnte von den Unternehmern und der Presse für ihre Hetzkampagne ausgenutzt werden.

Klaus Zwickel, Chef der IG Metall, der größten Einzelgewerkschaft der Welt, findet diesen Sturmlauf der Unternehmer „überzogen und unerträglich“ aber er setzt keine Kampagne der Gewerkschaft dagegen. Die Gewerkschaft-

Ausbau von Zweitjobs auf 630-Mark-Jobs. Sie mobilisiert nicht gegen Outsourcing, Privatisierung, wodurch Millionen tariflich abgesicherte Vollzeitarbeitsplätze vernichtet wurden und werden.

Der Trend zu Billigjobs durch den gewerkschaftlichen Kampf gestoppt werden. Wenn die Gewerkschaftsführer nicht von sich aus bereit sind, den Kampf zu organisieren, müssen Aktivisten an der Basis aus den Betrieben Widerstand aufbauen und Druck machen, damit die Milliarden auf den Konten der Reichen und der reichlichen zur Schaffung tariflich bezahlten Arbeitsplätze für Alle eingesetzt werden.

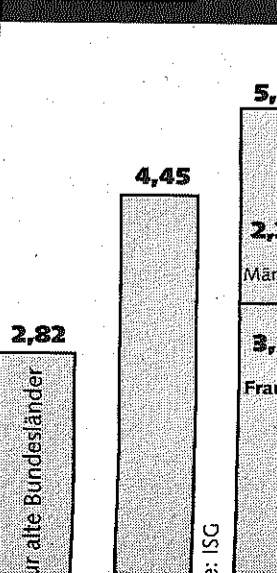
Gaetan Kayitare, Aachen

Kriegsergebnis

(soweit zahlenmäßig erfassbar bzw. bekannt)

- † 10.000 getötete oder verletzte jugoslawische Soldaten (NATO-Schätzung)
- † 1.500 getötete und 5.000 verletzte Zivilisten in Serbien (Schätzung Jugoslawiens)
- † Eine bisher unbekannte Zahl von toten Kosovo-Albanern und mehr als 855.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo seit Beginn der Bombardierung (Angaben des UNHCR)
- † 50 zerstörte Fabriken („Kölnischer Stadtanzeiger“, 2. 6. 99)
- † 190 zerstörte Schulen (Belgrader Wochenzeitung „Nedeljni telegraf“)
- † 50 zerstörte Krankenhäuser (o. g. Belgrader Zeitung)
- † 34 zerstörte Straßenbrücken (NATO-Angaben)
- † 11 zerstörte Eisenbahnbrücken (NATO-Angaben)
- † 8 zerstörte Flughäfen („Kölnischer Stadtanzeiger“, 2. 6. 99)
- † Zerstörung von 57 Prozent der jugoslawischen Mineralölvorräte (NATO-Angaben)
- † 600.000 Beschäftigte verloren durch die Kriegsschäden ihren Job („Kölnischer Stadtanzeiger“, 2. 6. 99)
- † Die Hälfte der Bevölkerung in Serbien ist von Versorgungsgespässen bei Strom und Wasser betroffen („Kölnischer Stadtanzeiger“, 2. 6. 99)
- † Durch den Einsatz von uranhaltigen Bomben und die kriegsbedingte Umweltverseuchung ist die Gesundheit

Geringfügig Beschäftigte in Deutschland



NATO auf Angriffskurs



Bomben – die Mittel der NATO, ihre neue Strategie durchzusetzen.

50 Jahre nach seiner Gründung führte das NATO-Militärbündnis seinen ersten Krieg. Anlässlich der Jubiläumsfeier wurde im April die neue Strategie der NATO offiziell bekanntgegeben. Werden Kriege und Militärinterventionen der NATO die Regel?

Georg Kümmel, Köln

In Artikel 5 des Gründungsvertrages von 1949 war die NATO als reines Verteidigungsbündnis definiert worden. Noch im Jahre 1991, der Ostblock war zusammengebrochen, bekräftigte die NATO, der Zweck der Allianz sei „rein defensiv“ und weiter: „keine ihrer Waffen wird jemals anders als zur Selbstverteidigung eingesetzt werden.“

In der neuen Strategie der NATO werden jetzt neben der Verteidigung gegen einen direkten Angriff auch die „Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ als Aufgabe des Bündnisses definiert. Die NATO will sich fortan das Recht nehmen, zur „Durchführung von nicht unter Artikel 5 fallenden Krisenreaktionsein-

sätzen.“

Die Gründung der NATO war eine Folge des II. Weltkrieges. Anders als vom Westen erwartet war die Sowjetunion gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen. Für den Westen war die Existenz nicht-kapitalistischer Länder und damit die Existenz einer Systemalternative, eine politische Bedrohung. Die Gründung der NATO war die militärische Antwort darauf. Die Existenz des Ostblocks beschränkte die militärische Bewegungsfreiheit der NATO-Länder. Ein Krieg wie jetzt gegen Restjugoslawien war undenkbar. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse erhielt der Westen die Möglichkeit, diese Länder wirtschaftlich auszubeuten. Die Strategen des Imperialismus sahen aber auch die Probleme. Schon 1991 stellte die NATO fest, daß Risiken zu erwarten seien durch die „ungünstigen Folgen der Instabilitäten die aus den ersten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten

erwachsen könnten, einschließlich ethnischer Rivalitäten und territorialer Auseinandersetzungen denen sich viele Länder in Zentral- und Osteuropa gegenübersehen.“ In der Stellungnahme der NATO vom April dieses Jahres werden als Risiken für die „Sicherheitsinteressen des Bündnisses“ außerdem „die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“ und die „unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen“ genannt. Als Ursache für die Probleme und Instabilität werden neben anderen auch „fehlgeschlagene Reformbemühungen“ genannt.

Krisen und Kriege

Zusammengefaßt heißt das: die Rückkehr zum Kapitalismus in ganz Osteuropa führt nicht zu wirtschaftlichem Aufschwung und Stabilität sondern zu Krisen und Kriegen. Der Westen muß versuchen, die Lage mit politischen Mitteln und, wenn das nicht reicht, mit militärischer Gewalt unter Kontrolle zu behalten. Die Osterweiterung der NATO dient dazu, diese Staaten in die

NATO-Disziplin einzubinden und direkten Einfluß auf deren Innen- und Außenpolitik nehmen zu können.

Gleichzeitig setzt die NATO mit ihrer neuen Strategie auf die Möglichkeit, unabhängig vom UN-Sicherheitsrat, das heißt insbesondere unabhängig von Rußland, und außerhalb

NATO auf die Mithilfe und Mitsprache Rußlands und der UNO angewiesen.

Perspektiven

Wirtschaftliche und politische Krisen bleiben die Perspektive für ganz Osteuropa. Die NATO-Staaten rüsten für neue Interventionen und neue

Die „Feierlichkeiten“ anlässlich des 50. Jahrestages der NATO haben 18 Millionen DM gekostet und wurden zum großen Teil von 12 multinationalen Konzernen gesponsort. 10 davon sind Waffenproduzenten.

des Bündnisgebietes militärisch zu intervenieren. In den Worten des stellvertretenden US-Außenministers Talbott: „Gleichzeitig müssen wir darauf achten, die NATO keinem anderen internationalen Gremium unterzuordnen... das Bündnis muß sich das Recht und die Freiheit vorbehalten, immer dann zu handeln, wenn es seine Mitglieder im Konsens für notwendig halten.“ (Strobe Talbott, „Das neue Europa und die neue Nato“, Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 4.2.99.)

Unter dem Deckmantel humanitärer Ziele sollte Restjugoslawien mit dem Kosovo zum Testfall für die neue NATO-Strategie werden. Doch die Erwartung, Milosevic werden sich allein unter Androhung von Luftangriffen dem NATO-Diktat beugen, erfüllte sich nicht. Am Ende war die

Kriege. Aber auch im Westen sind die wirtschaftlichen Perspektiven düster. Der Konkurrenzkampf und damit die Spannungen zwischen den NATO-Staaten werden zunehmen. Während die NATO Krieg gegen Rest-Jugoslawien führte, lief gleichzeitig ein Handelskrieg zwischen der EU und den USA. Die EU versucht schon lange mit der Westeuropäischen Union (WEU) ein von den USA unabhängiges Militärbündnis zu schaffen. Das scheitert allerdings an den unterschiedlichen nationalen Interessen der verschiedenen Staaten.

Die Aufgabe heute lautet, eine starke Bewegung gegen Krieg und Kapitalismus aufzubauen, um neue Kriege zu verhindern.

Lebensmittelvergifter enteignen

Motoröl samt Dioxin im Viehfutter – da dreht sich einem der Magen um, wenn man als Verbraucher bereits einiges von der Lebensmittel-Mafia gewöhnt ist.

Conny Dahmen, Aachen

Laut deutschem Fachverband Futtermittelindustrie ist „ein belgisches Problem“. Doch das Problem ist international: 90 Prozent des Dioxins, das mittlerweile überall in der Umwelt vorkommt nehmen wir Tag für Tag durch Eier, Milch und Fleisch auf. Dazu konsumieren wir einiges an Medikamentenrückständen. In allen EU-Staaten werden Tierfuttermittel mit chemischen Zusatzstoffen und Antibiotika versetzt.

Die industrielle Massentierhaltung quält die Tiere und schadet den Menschen.

Jedes Jahr werden 20 Prozent der 45 Millionen Hühner, die in deutschen Legebatterien auf je der Fläche eines DIN A4 Blattes ihre Eierproduktion verrichten müssen. Durch die ständigen Medikamentenbeigabe entwickeln sich immer mehr antibiotikaresistente Keime, zum Beispiel neue Salmonellen. Durch die Massentierhaltung macht die Pharmaindustrie enorme Profite, denn die Hälfte aller weltweit verwendeten Antibiotika wird im Viehstall eingesetzt. Mit zahlreichen Tricks werden Verbote und Vorschriften umgangen. Die KonsumentInnen

Rind oder Fisch zum Beispiel sind als „tierisches Fett“ in vielen Keksen, in Eis, Kosmetika oder Arzneimitteln enthalten. Zum Einfärben von Eidottern werden Farbstoffe in 15 verschiedene Gelbtönen hergestellt. Und wer weiß schon, daß sich hinter „E 123“ und „E 110“, (enthalten z.B. in Tütensuppen und Bonbons), krebserregende Stoffe verbergen?

Solange die Lebensmittelherstellung in den Händen profitorientierter Großkonzerne liegt, wird sich daran kaum etwas ändern.

Viele PolitikerInnen, vor allem der Grünen meinen, der Verbraucher müßte nur darauf achten, daß er zum Beispiel nur Eier von artgerecht gehaltenen und gefütterten Hühnern kauft und schon müsse sich die ganze Lebensmittelindustrie seine Wünsche beugen. Individuelle Kontrolle durch einzelne KonsumentInnen würde bedeuten, daß sich Millionen von Haushalten jedes Wochenende aufmachen müßten, um kreuz und quer durch die Republik Hühnerhöfe, Kuh-, Schweineställe und Futtermittelhersteller zu inspizieren! Die Idee ist blödsinnig weil unmöglich. Um wirklich gesund leben zu können, muß die Lebensmittelproduktion und Chemieindustrie verstaatlicht und von Verbrauchern und Beschäftigten demokratisch kontrolliert werden. Erst wenn das Ziel der Herstellung von Lebensmitteln nicht mehr der Profit einer kleinen Minderheit ist, werden gesunde

Solidarität gegen Abschiebung

Ob es stimmen kann, daß der Krieg geführt worden ist, um den Kosovo-Flüchtlingen zu helfen, möge jede/r auch danach beurteilen, wie Flüchtlinge in Deutschland behandelt werden. In deutschen Abschiebegefängnissen sitzen Menschen, deren einziges „Verbrechen“ es ist, hier Schutz gesucht zu haben. Am 30. Mai 1999 starb Amir Ageeb bei seiner Abschiebung kurz nach dem Start in Frankfurt.

Ageeb war Flüchtling aus dem Sudan, abgewiesener Asylbewerber, seit drei Jahren mit einer Deutschen verheiratet, lebte zuletzt von ihr getrennt und wurde daher ausgewiesen. Die Umstände seines Todes beschreibt die Süddeutsche Zeitung: „Er starb gefesselt und, weil man so seinen Widerstand brechen wollte, mit einem Motorradhelm auf dem Kopf, den Grenzschützer beim Start durch „Nach-unten-Drücken fixiert“ hatten.“ (SZ, 5. Juni 1999). Vermutlich ist er

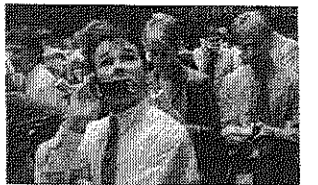
korbatmung behindert hat.

Das ist nur der jüngste Fall in einer ganzen Reihe gewalttätiger Abschiebungen. Laut der Ärztevereinigung IPPNW erstickte 1993 eine 53jährige Polin in der Zelle des Bundesgrenzschutzes in Frankfurt an Gebißbruch und Stoffstücken. 1994 erstickte der 30jährige Nigerianer Kola Blankole, nachdem ihm ein Arzt ein Beruhigungsmittel gespritzt und ein Polizeibeamter ihm beim sechsten Abschiebeversuch einen Knebel aus Strümpfen in den Mund gesteckt hatte. Erstickt ist auch der 32jährige Nigerianer Agbai-John nach heftiger Gegenwehr „in Bauchlage mit rücklings extrem überstreckten Armen“. Das war 1998. Bundesinnenminister Schily hat angeordnet, Abschiebungen, die nur mit Gewalt durchgesetzt werden können, „einstweilen“ aussetzen. Soll heißen, bis die alltägliche Brutalität des deutschen Staatsapparates gegenüber Flüchtlingen wieder in Vergessenheit geraten ist.

Abschiebung verläuft, zeigte sich auf einem Swissair-Flug nach Kinshasa. Dort haben nach einem Bericht der „Basler Zeitung“ aufgebrachte Passagiere einen gefesselten Asylbewerber befreit und die begleitenden Schweizer Polizisten angegriffen. Der 23jährige Kongolese konnte in die Schweiz zurückfliegen und wurde auf freien Fuß gesetzt, da die Abschiebehaft abgelaufen war.

Der Mann war gefesselt und hatte den Mund verklebt. Er wurde in der Linienmaschine hinter einem Vorhang in der letzten Reihe plaziert. Da er ruhig blieb, nahmen die Beamten das Pflaster über dem Mund ab. Sofort begann der Mann zu schreien. Bei einer Zwischenlandung in Kamerun rissen rund 20 Passagiere den Vorhang weg, schlugen und traten auf die Schweizer Polizisten ein und befreiten den jungen Mann. Die Behörden in Kamerun ließen die Maschine erst weiterfliegen, nachdem Swissair zugesagt hatte, den

Ihr da oben ...



Der Gipfel I

Während aus SPD-Finanzministern Eichel Kürzungsplänen durchsickert, daß Arbeitslosen mit Kindern das Arbeitslosengeld gekürzt werden soll, spielt Geld keine Rolle wenn es um ca. 50 Stunden EU- und Weltwirtschaftsgipfel geht. 30 Millionen Steuergelder werden für die Bonzengipfel in Köln allein aus dem Bundeshaushalt verschwendet.

Die Kölner Stadtverwaltung ließ zusätzlich zwei Millionen Mark springen, um die Stadt für die Regierungschefs aufzumotzen. Während im Rathaus für die angereiste Prominenz extra neue Kloschüsseln installiert werden und der Vorplatz des Tagungsgebäudes mit dem Staubsauger fein säuberlich abgesaugt wird, müssen am Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium Eltern, Lehrer und Schüler in ihrer Freizeit umsonst die Innenwände ihrer Schule streichen. 10 Jahre lang haben die Wände keine neue Farbe gesehen, weil die Stadt behauptet sie hätte kein Geld für dringend notwendige Instandhaltungsarbeiten in den Schulen.

Während die Kriegstreiber die serbische Zivilbevölkerung bombardieren, beginnen sie ihr Gipfeltreffen in Saus und Braus. Und wir bezahlen mit unseren Steuern.

Der Gipfel II

Gar nicht begeistert zeigte sich die Kölner CDU von der Demo gegen den EU-Gipfel. Statt diese friedliche Demonstration von Menschen aus allen Ländern der EU für Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit als ein Beispiel für ein praktisch gelebtes Europa, zu begrüßen, forderte die Kölner CDU ein Demonstrationsverbot in der Innenstadt an langen Samstagen und während der Gipfeltreffen. Die Geschäftsbetriebe sei beeinträchtigt gewesen und außerdem habe Köln das Bild eines Belagerungszustandes geboten. Der CDU-Vorsitzende Blömer wörtlich: „Weltweit agierende Berufsdemostranten können sich auf ehemaligen Truppenübungsplätzen wie in der Wahner Heide austoben.“

Die Stadt glich nicht wegen 30.000 Demonstranten sondern wegen dem Treffen von dreißig Staatschefs und Außenministern der EU einer Festung. Insgesamt 12.000 Polizisten waren im Einsatz. Die Innenstadt war weitläufig abgesperrt, Fußgänger und Autofahrer mußte lange Wartezeiten und Umwege in Kauf nehmen.

Um derlei Behinderungen für die Bevölkerung zukünftig zu vermeiden und sparsamer mit dem Einsatz von Steuergeldern umzugehen, schlagen wir vor, daß in Zukunft Treffen international agierender Berufspolitiker nur noch auf Truppenübungsplätzen wie in der Wahner Heide stattfinden.



wir

Eine Welt in Ketten

Im Juni trafen sich die Vertreter der führenden Industrienationen zum Weltwirtschaftsgipfel in Köln, um zu beratschlagen, wie sie ihre Ausbeutung der Welt auch im 21. Jahrhundert weiter aufrecht erhalten können. Für den größten Teil der Menschheit gibt es dagegen zum Ende des 20. Jahrhunderts keinen Grund zum Feiern. Hunger, Elend, Krankheiten und Kriege gehören in weiten Teilen der Welt zum Alltag. Jeder vierte Mensch lebt in Armut. Nach einer Studie des deutschen Entwicklungsministeriums sterben weltweit täglich 110.000 Menschen, 40 Millionen im Jahr, an Hunger. Unterdrückung ist überall die Antwort der Herrschenden auf Widerstand. Laut amnesty international finden in 117 Ländern Folterungen und Mißhandlungen von Inhaftierten statt. Welche ökonomischen und politischen Gründe gibt es für das Elend in der „3. Welt“? Wer profitiert davon? Welche Mechanismen sorgen für Stillstand und Rückschritt in den unterentwickelten Ländern?

Daniel Behruzi, Köln

Die heutige Situation in der „3. Welt“ ist Folge jahrhundertelanger brutaler Ausbeutung durch die wirtschaftlich führenden Nationen. Besonders ab der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, mit der immer weitergehenden Monopolisierung der Industrie in Europa und den USA, schickten diese Länder Truppen in den Rest der Welt.

Ihr Auftrag: Eroberung und Sicherung von Gebieten zur Ausbeutung der Rohstoffquellen durch die Großindustrie, zur Schaffung von Anlagemöglichkeiten für Kapital, das in den entwickelten kapitalistischen Ländern selbst nicht mehr profitabel genug angelegt werden konnte, und zur Erschließung neuer Absatzmärkte für die Produkte der

kapitalistischen Großindustrie. So eroberten Großbritannien und Frankreich, später auch Deutschland, riesige Kolonialreiche und teilten die Welt unter sich auf. Daß die zu kolonisierenden Länder keineswegs unbewohnt waren, störte die Mächtigen Europas nicht. Ureinwohner, die sich zur Wehr setzten, wurden mit überlegener Waffentechnik massakriert, der Rest wurde durch Krankheiten dahingerafft oder mit Alkohol ruhiggestellt. So wurden die ursprünglichen Einwohner Amerikas, Australiens, Afrikas und Asiens teilweise vollständig ausgerottet.

Das alles geschah im Interesse des Großkapitals in den westlichen Ländern, das seitdem die Menschheit global ausbeutet. Als Ende des neun-

zehnten Jahrhunderts alle „freien“ Kontinente und Länder verteilt waren, war der kapitalistische Konkurrenzkampf aber nicht zu Ende. In zwei Weltkriegen und vielen regionalen Kriegen ging es seither darum, Einflußgebiete und Wirtschaftsräume neu aufzuteilen und Selbstbestimmung für die Völker zu verhindern.

Ab den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts entwickelte sich eine Welle von Revolutionen gegen die Herrschaft der Kolonialmächte und für Unabhängigkeit. Das Kapital wurde zu einem taktischen Rückzug gezwungen. Sie entließen die ehemaligen Kolonialländer in die formale Unabhängigkeit. Dies ist zweifellos ein gewisser Fortschritt, der in zumeist blutigen und langen Kämpfen er-

reicht wurde. Da es den Arbeitern und Bauern dieser Länder aber nicht oder nur kurzzeitig gelang das kapitalistische Profitsystem abzuschaffen, blieben sie weiterhin unter der Dominanz und Kontrolle der imperialistischen Staaten:

Ungleicher Tausch

Die Ziele des Imperialismus sind die gleichen geblieben wie zur Kolonialzeit: Ausbeutung der Rohstoffe und billigen Arbeitskräfte, Absatzmärkte und Möglichkeiten für den Kapitalexport. Die Methoden der Ausbeutung sind dabei vielfältig. Schon die Art des Austauschs der Produkte auf dem Weltmarkt benachteiligt die unterentwickelten Länder. Diese sind heute vollständig in den Weltmarkt integriert.

In der Produktion dieser Länder kommen aber zum großen Teil weniger und ältere Maschinen und Technik zum Einsatz. Die Produktivität ist somit sehr viel geringer als die in den entwickelten kapitalistischen Staaten. Auf dem Weltmarkt wird aber auf Basis der produktivsten Ökonomie getauscht, die Preise entsprechen also den Produktionsbedingungen in Europa und Nordamerika.

In der „Dritten Welt“ muß also im Vergleich zu den in den entwickelten Staaten erzeugten Produkten ein vielfaches an Arbeitszeit aufgewendet werden. Die angeblich „gleichen“ Marktgesetze haben unter den gegebenen ungleichen Bedingungen eine systematische Benachteiligung der unterentwickelten Staaten zur Folge.

Rohstoffpreisverfall

Verschärft wird diese Benachteiligung durch die Monopstrukturen der Produktion in den ex-kolonialen Ländern. Die Kolonialmächte zwangen ihren Kolonien die Produktion und den Export eines oder weniger Rohstoffe oder Naturprodukte auf. Oftmals reichhaltige landwirtschaftliche Produktion wurde gezielt vernichtet, um für das gewünschte Exportprodukt Platz zu schaffen.

Immer noch sind die meisten Länder der „Dritten Welt“ ganz und gar abhängig von einem Exportprodukt, so zum Beispiel Sambia von Kupfer, Burundi von Kaffee, Kuba von Zucker, Nigeria von Öl, etc. Die Herstellung von Fertigprodukten, die von westlichen Konzernen in Länder der „Dritten Welt“ ausgelagert werden, beschränken sich größtenteils auf arbeitsintensive Industrien wie die Textilindustrie. Auch in diesem Bereich hat sich eine Monopstruktur entwickelt.

Die Industrieländer haben dagegen eine weitgehende Monopolstellung im Bezug auf kapitalintensive Produkte. Diese Stärke der Industrieländer und die Abhängigkeit der unterentwickelten Länder von wenigen Rohstoffen führt zu einer kontinuierlichen Verschlechterungen der Austauschpreise von für die „3. Welt“ typischen Produkten gegenüber den Produkten der Industrieländer.

Mit dem Verfall der Rohstoffpreise in den 90er Jahren haben sich diese sogenannten „terms of trade“ für die unterentwickelten Länder noch einmal stark verschlechtert

1980 haben sich die Rohstoffpreise (ohne Öl) halbiert. Öl ist heute real billiger als vor der Ölkrise 1973-74. In Europa und den USA haben die niedrigen Rohstoffpreise eine gewisse Verzögerung bei der Ausdehnung der sich seit 1997 entwickelnden Weltwirtschaftskrise bewirkt. In vielen Rohstoffe exportierenden Ländern hat der Preisverfall aus der Krise eine Katastrophe gemacht.

Gewinntransfer

Eine weitere Form der Ausbeutung der „Dritten Welt“ durch westliche Konzerne ist der Transfer von bei Investitionen in diesen Ländern realisierten Profiten. Die von den ArbeiterInnen der ex-kolonialen Länder geschaffenen Profite werden zu einem großen Teil nicht wieder dort investiert, sondern an die Muttergesellschaften in Europa oder den USA transferiert. Für die westlichen Großkonzerne sind diese Extraprofite aus Investitionen in der „Dritten Welt“, unter anderem wegen der dortigen Hungerlöhne getätigt, oft entscheidend im sich verschärfenden internationalen Konkurrenzkampf.

Dabei übersteigen die Gewinntransfers in den reichen Norden meist bei weitem die neu getätigten Investitionen. Oft wird vom Verhältnis 2 zu 1 ausgegangen, das heißt: Auf jede in der „Dritten Welt“ direkt investierte Mark kommen zwei Mark, die als Gewinne von dort abgezogen werden.

Sexuelle Ausbeutung

Neben den bisher genannten gibt es weitere Formen der Ausbeutung der Menschen in der „Dritten Welt“. Die wohl erniedrigendste ist der Sextourismus vor allem in die südostasiatischen Länder. 70 Prozent der männlichen Touristen kommen nach Thailand um Frauen und Kinder sexuell auszubeuten.

Für die Menschen in den

Sinne des Wortes mit der real gezogen. Historisch wachsende Gebiete ein Völker wurden dadurch kürlich zerschnitten. Dar der Imperialismus die Gr ge für viele barbarische l und Bürgerkriege gelegt.

Schuldenkrise

Eine Folge und selbst Form der Ausbeutung „Dritten Welt“ ist die S denkrise dieser Länder. In 80er und 90er Jahren h sich dort riesige Schulden ge aufgetürmt, die jede wirtschaftliche Entwicklung s gulieren. Die Schulden Länder Afrikas, Asiens Lateinamerikas gegen dem Westen haben sich 600 Milliarden Dollar im 1980 auf heute 2200 Mil den Dollar vervielfacht.

Gleichzeitig haben sich Zinssätze gegenüber der A gangsbasis mehr als verd pelt. Die ärmsten 25 afrika schen Länder haben Schul von 140 Milliarden Dollar. I entspricht mehr als 3/4 ih jährlichen Einnahmen. Die Länder geben viermal mehr den Schuldendienst aus als i Gesundheitsversorgung. D ehemalige britische Kolon Guyana gibt 45 Prozent ihr Einnahmen direkt an westlich Staaten und Banken weiter.

Die Folge sind Kürzunge bei ohnehin kaum vorhande Sozialleistungen, der Bildung und staatlichen Investitionen. So werden die Voraussetzun gen für wirtschaftliche Ent wicklung untergraben # ein Teufelskreis.

Das Geld, das westliche Ban ken aus der „Dritten Welt“ saugen, wird mit dem Leben von Menschen bezahlt. Wür den die afrikanischen Länder ihre Schuldenzahlungen ein stellen, könnte mit diesem Geld bis zum Jahr 2000 das Leben von 21 Millionen Kin dern gerettet werden, 90 Mil lionen Frauen und Mädchen könnten einen Zugang zu Bil dung erhalten.

Die Einkommen der reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung sind 78 Mal so hoch wie die der ärmsten 20 Prozent. 1960 waren sie „nur“ 30 Mal so hoch.

ehemaligen Kolonien hat sich wahrlich nicht viel verbessert seit ihrer formalen Unabhängigkeit. Im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert werden immer noch Menschen aus ihrer Heimat als Sklavinnen verschleppt: Mehr als hunderttausend Frauen und Kinder werden jedes Jahr an Männer in Europa, Japan und den USA verkauft. Das und die Tatsache, daß Menschen in der „Dritten Welt“ sogar ermordet werden, um menschliche Organe für die imperialistischen Länder zur Verfügung zu stellen, machen in extremer Form das Verhältnis zwischen „Dritter“ und „Erster“ Welt deutlich.

Ein wichtiges Mittel des Imperialismus um seine Weltherrschaft zu erhalten war es immer, die Völker gegeneinander auszuspielen. Durch Privilegi

Manche, die die Not in der „Dritten Welt“ lindern wollen, verlangen eine Erhöhung der Entwicklungshilfeausgaben. Diese sind weltweit auf den niedrigsten Stand seit Mitte der 60er Jahre gefallen. Im Etat der Bundesrepublik sind dafür gerade einmal 7,7 Milliarden DM (1998) eingeplant. Zum Vergleich: Für Rüstung und Militär steht mehr als das sechsfache zu Buche.

Entwicklungshilfe?

Aber auch die bestehende Entwicklungshilfe ist keine Hilfe zur wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Länder. Im Gegenteil: sie erhält und vergrößert die Abhängigkeit dieser von den entwickelten Staaten. Ein größerer Teil der „Entwicklungshilfe“ wird nur in Form von Kredi ten vergeben.



Konzerne gekauft werden müssen. So wird aus „Entwicklungshilfe“ ein Subventionsprogramm für die heimische Industrie.

Viele unterentwickelte Länder zahlen inzwischen mehr an Zinsen und Tilgung an den deutschen Staat als sie über „Entwicklungshilfe“ erhalten. Ein Beispiel dafür ist Äthiopien Mitte der 80er Jahre, wo Tausende durch eine Hungerkatastrophe ums Leben gekommen sind.

Zu dieser Zeit erhielt Äthiopien eine Kapitalhilfeauszahlung der Bundesrepublik von 0,5 Millionen DM, zahlte aber gleichzeitig 4,8 Millionen DM Zinsen und Tilgung an die Bundeskasse.

Nicht eine Erhöhung dieser Art von „Entwicklungshilfe“, sondern die Streichung aller Schulden der „Dritten Welt“ bei den Privatbanken und Staaten der entwickelten Länder muß die Forderung derjenigen sein, die die Not in der exkolonialen Welt lindern wollen. Dabei müssen die Banken, die Jahrzehnte enorme Profite aus der „Dritten Welt“ gepresst

Internationaler Währungsfonds

In den 70er Jahren waren es vor allem westliche Privatbanken, die Kredite an die Länder der „Dritten Welt“ vergaben und damit enorme Profite machten. Mit schwindender Zahlungsfähigkeit dieser Länder benötigten die Banken eine „neutrale“ Institution, die die Eintreibung der Schulden garantieren und die Zins- und Tilgungszahlungen durch Mobilisierung eigener Gelder ermöglichen konnte. Diese Institution wurde der Internationale Währungsfonds (IWF).

„Neutral“ ist der IWF allerdings keineswegs. Zu sagen haben die westlichen Industrienationen, allen voran die USA. So richtet sich das Stimmrecht nach der wirtschaftlichen Stärke des jeweiligen Landes. Eine besondere

Freihandel, also Märkte ohne Schranken, ist immer im Interesse der wirtschaftlich stärkeren und produktiveren Länder. Im freien Markt wird der Schwächere vom Stärkeren verdrängt.

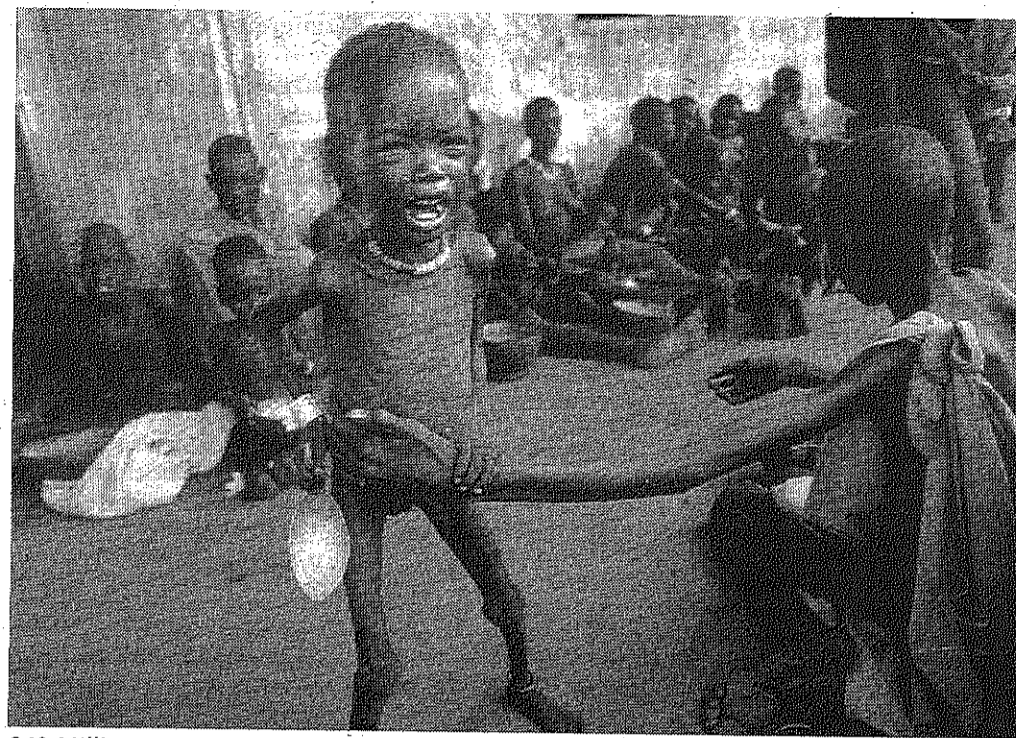
Die imperialistischen Staaten, die mit Hilfe des IWF der Welt den Freihandel aufzwingen, halten sich aber selbst nicht dran. Zum Beispiel die EU schottet ihre Märkte für Agrarprodukte der „Dritten Welt“ weitgehend ab. Durch allerlei Handelsschranken, Zölle, Auflagen und Subventionen, wird die heimische Wirtschaft vor Konkurrenz aus den ehemaligen Kolonialländern geschützt.

Eine zentrale Forderung der IWF-Programme ist immer die Privatisierung der profitablen Teile der staatlichen Industrie und der öffentlichen Dienstleistungen. So nutzt der Imperialismus die Schuldenkrise um einen Ausverkauf der Länder an die westlichen Großkonzerne zu erzwingen. Diese „neue Form des Neo-Kolonialismus“ bedeutet, daß Wirtschaft, Infrastruktur und Rohstoffe der „Dritten Welt“ wieder zum direkten Besitz der Westkonzerne werden. Für die Arbeiter dieser Länder ist Privatisierung gleichbedeutend mit Entlassungen.

Die verheerenden sozialen Auswirkungen der IWF-Programme zeigt das Beispiel Sambia: Zwar wurde die Inflation innerhalb von sechs Jahren von 200 auf 23 Prozent gesenkt, gleichzeitig fiel aber auch die Lebenserwartung von 52 auf 48 Jahre. Vier von Fünf Sambiern leben in Armut. (Kölner Woche 29.5.99)

Mit Hilfe des IWF haben vor allem US-Konzerne den Zusammenbruch der Wirtschaften in Südostasien dazu genutzt sich dort breit zu machen. „Die USA hat sich benommen wie Plünderer nach einem ökonomischen Wirbelwind“, so der Vorsitzende der australischen Baumwollproduzenten, deren traditioneller Exportmarkt jetzt von den USA übernommen wird. Die Regierungen Südostasiens wurde gezwungen, Investitionsbeschränkungen für Westkonzerne aufzugeben und Subventionen für Grundnahrungsmittel und die nationale Industrie zu streichen.

In Südkorea und Indonesien haben Massenentlassungen und Sozialkürzungen schon zu militanten Kämpfen der ArbeiterInnen dieser Länder geführt. Vielen ArbeiterInnen dieser Länder ist die Rolle des Imperialismus und seiner Agentur, des IWF, klar geworden und sie sind be-



840 Millionen Menschen leiden an Hunger, ein Viertel davon sind Kinder.

reit gegen den Imperialismus und seine Statthalter-Regierungen zu kämpfen.

Zahlen für Interventionen des IWF muß nicht nur die Arbeiterklasse der betroffenen Länder, sondern auch die der entwickelten kapitalistischen Staaten. Sie bedeuten praktisch die Sozialisierung der Verluste der Privatbanken, die durch IWF-Interventionen gefährdete Kredit- und Zinsrückzahlungen realisieren können. Der IWF bekommt das dazu notwendige Kapital jedoch aus den Steuerarbeitenden Menschen im Westen.

Neunziger Jahre

Die Lage der ex-kolonialen Länder hat sich in den neunziger Jahren durch den Zusammenbruch der staatlich geplanten Wirtschaften Osteuropas und mit der verschärften Krise des Kapitalismus deutlich verschlechtert. Durch die Existenz der Sowjetunion als einer Systemalternative zum Kapitalismus und die Konkurrenz der beiden Großmächte zueinander konnten Regierungen der „Dritten Welt“ diese zu einem gewissen Grad gegeneinander ausspielen und sich so Vorteile verschaffen. Einige ex-koloniale Länder schafften sogar den Kapitalismus ab und führten staatlich geplante, allerdings nach dem Vorbild der Sowjetunion bürokratisch deformierte, Wirtschaftssysteme ein.

Heute regiert wieder weltweit der Kapitalismus. Die Systemkonkurrenz ist weggefallen. Dadurch ist der Spielraum für die Länder der „Dritten Welt“ sehr viel geringer geworden. Der Imperialismus kann wieder mit aller Brutalität, notfalls auch militärisch, seine Interessen durchsetzen. Die Kriege gegen den Irak und auch der gegen Jugoslawien sind unter anderem geführt worden um das der Welt deutlich zu machen. Allerdings tritt jetzt auch die verschärfte Konkurrenz der imperialistischen Länder untereinander wieder offener zu Tage. In Zukunft werden die Imperialisten wieder Kriege um Rohstoffquellen und Absatzmärkte in Ländern der „Dritten Welt“ ausfechten. Schon jetzt werden Stellvertreterkriege, wie im Bürgerkrieg 1997 in Kongo, in dem die USA und Frankreich unterschiedliche Seiten unterstützten, geführt.

Sozialistische Alternative

Innerhalb des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems wird es für die Länder der „Dritten Welt“ keine Möglichkeit geben, ihre Wirtschaften zu entwickeln und die Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern zu befriedigen. Der Aufbau einer eigenen Indu-

Der wirtschaftliche Aufschwung in den sogenannten Tigerstaaten Südostasiens sollte lange das Gegenteil beweisen. Mit der Asienkrise hat sich diese Illusion in einen Scherbenhaufen verwandelt.

Für die Menschen der „Dritten Welt“ gibt es innerhalb des kapitalistischen Profitsystems keinerlei Entwicklungsperspektive. Das zeigt auch der Rückfall der „Schwellenländer“. Selbst wenn alle Schulden der „Dritten Welt“ erlassen würden, würde das allein grundsätzlich noch nichts ändern. Blieben marktwirtschaftliche Prinzipien in Kraft, würden sich schnell neue Schuldenberge auf türmen.

Kapitalismus ohne Ausbeutung kann es nicht geben. Der Kapitalismus basiert auf der Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse und der Arbeiter unterlegener Nationen. Kapitalismus mit „fairem“ Handel kann es nicht geben. In einer Marktwirtschaft zwingt der Großkonzern dem Kleinbetrieb seine Bedingungen auf. Ebenso diktiert das mächtige Land dem Schwächeren seine Konditionen. Die Extraprofite aus der „Dritten Welt“ sind für Großkonzerne und Banken wichtig und teilweise entscheidend, um sich gegen die Konkurrenz durchsetzen zu können. Im internationalen Kreditgeschäft (internationale Verbindlichkeiten ohne Kreditgeschäfte im Inland) wird jede dritte Mark über Kre-

ditte an die „Dritte Welt“ verdient. Die Ausbeutung der „Dritten Welt“ ist somit heute ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Deshalb ist die Abschaffung des Kapitalismus eine Voraussetzung für die Beendigung von Hunger und Elend in der „Dritten Welt“. In einer demokratisch geplanten Wirtschaft, in der das Konkurrenzprinzip aufgehoben wäre, könnten Waren, Ideen und Kultur auf gleicher Grundlage zum Nutzen aller Beteiligten ausgetauscht werden. Die wirtschaftliche Entwicklung anderer Länder zu behindern wäre für niemanden mehr sinnvoll.

Heute ist die Arbeiterklasse aller Länder die Verliererin der Ausbeutung der ex-kolonialen Welt. Verdienen tun die westlichen Konzerne und Banken. Die ArbeiterInnen in den imperialistischen Staaten werden für eventuelle Verluste der Banken zur Kasse gebeten. Sie werden für die imperialistischen Interessen des Kapitals in Kriegen geopfert. Umweltzerstörung als Folge der Ausbeutung zerstört die Lebensgrundlage der gesamten Menschheit.

Die ArbeiterInnen aller Länder haben ein Interesse daran, das Profitsystem, das eine Weiterentwicklung der Menschheit behindert, abzuschaffen und durch eine weltweite sozialistische Demokratie zu ersetzen.

7 Millionen Kinder sterben jedes Jahr vor dem Erreichen des fünften Lebensjahres und 500.000 Kinder erblinden aus Mangel an lebenswichtigen Mineralien und Vitaminen. In Afrika sterben 147 von 1000 Kindern vor dem fünften Lebensjahr, in den Industrieländern sind es 7.

haben, und nicht die Steuerzahler für die Finanzierung eines Schuldenerlasses zur Kasse gebeten werden.

Die Banken haben intern schon lange einen großen Teil der Schulden der „Dritten Welt“ abgeschlossen. Sie machen sie steuermindernd geltend und sozialisieren so ihre Verluste.

Banken enteignen

Die SAV fordert die sofortige Streichung der Schulden der „Dritten Welt“. Das alleine reicht aber nicht aus. Schon in der Vergangenheit haben einzelne Staaten Schulden gestrichen bekommen. Auch beim diesjährigen Weltwirtschaftsgipfel in Köln wird über Schuldenstreichungen diskutiert. Aber der einzige Grund hierfür ist, daß die Imperialisten die Kuh, die sie weiter melken wollen, nicht sterben lassen dürfen. Abhängigkeit und Ausbeutung werden dadurch nicht beseitigt.

Um zu verhindern, daß die Geldhäuser weiterhin Profite mit dem Elend von Menschen machen, müssen die Banken enteignet und in demokratische Kontrolle durch die Gesellschaft überführt werden.

Klausel erlaubt den USA eine Sperrminorität bei allen wichtigen Entscheidungen.

Der IWF kann aktiv werden, wenn sich ein Land in einer Schuldenkrise befindet. Sobald die Banken ein Land als hohes Kreditrisiko betrachten ist diesem der Zugang zum freien Kreditmarkt versperrt. Es beantragt einen Kredit beim IWF. Die Kredite des IWF werden in „Tranchen“ ausgezahlt, die mit zunehmend härteren Auflagen verbunden sind und für die ebenfalls Zinsen fällig werden. Die Auflagen zwingen die Staaten dazu die Sozialausgaben zu senken, ihren Markt vollends dem Weltmarkt zu öffnen und Staatsbetriebe zu privatisieren.

Umschrieben wird diese Politik mit „Liberalisierung der Märkte“. Das bedeutet im Klartext, daß die schwächeren Wirtschaften der ex-kolonialen Länder der schrankenlosen Konkurrenz mit den westlichen Großkonzernen ausgeliefert werden. Protektionistische Maßnahmen wie Einfuhrzölle und Einfuhrverbote, die Länder ergreifen könnten, um ihre Wirtschaft vor zu starker ausländischer Konkurrenz zu schützen, werden verhindert.



Unsere Alternative

- >>> Sofortige und vollständige Streichung der Schulden der „Dritten Welt“
- >>> Verstaatlichung und demokratische Kontrolle der Banken und Konzerne, die auf Kosten der „Dritten Welt“ Profite machen
- >>> Enteignung der Großgrundbesitzer und Verteilung des Landes an die armen Bauern
- >>> Für sozialistische Demokratie weltweit, ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Profitgier

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E9 5QX, GB, Tel.: 0044/181/533 0201

UCK: Befreier oder Terroristen?

Die Sozialistische Alternative (SAV) tritt für das Recht der Kosovo-AlbanerInnen auf Selbstbestimmung und auf die Gründung eines eigenen Staates ein. Bedeutet dies Unterstützung für die UCK, die „Befreiungsarmee des Kosovo“?

Vlado Bacic, Köln

Innerhalb von zwei Jahren ist die UCK von einer unbedeutenden und verschwindend kleinen Gruppe zur bestimmenden politischen Kraft unter den Kosovo-AlbanerInnen geworden. Die UCK ist hervorgegangen aus verschiedenen kosovo-albanischen Organisationen, die schon in den 80er Jahren für ein unabhängiges Kosovo bzw. eine Vereinigung mit Albanien gekämpft haben. Die dominierende Kraft war die LPK, die Volksbewegung für Kosova (albanisch für Kosovo), die sich am damals nicht-kapitalistischen System Albaniens orientierte. In diesem Sinne war die UCK ursprünglich eine „linke“ Bewegung. Davon ist heute nichts mehr übrig. Die UCK hat sich auf die Unterstützung der NATO-Bombenangriffe festgelegt und auf UCK-Demonstrationen hieß es immer wieder: NATO - wir sind Deine Bodentruppen!

Bis 1997 war die Demokrati-

sche Liga des Kosova (LDK) unter Ibrahim Rugova die dominierende politische Kraft unter den Kosovo-AlbanerInnen. Sie verfolgte eine pazifistische Strategie und lehnte einen bewaffneten Widerstand gegen die serbische Unterdrückung ab. Doch als der Westen mit dem Vertrag von Dayton im Jahre 1995 Milosevic stützte, die neue, kleinere Bundesrepublik Jugoslawien anerkannte und das Kosovo ignorierte, sahen mehr und mehr Kosovaren die Strategie der LDK als eine Sackgasse und wendeten sich zu der radikaleren, und vor allem kämpfenden, UCK.

UCK pro-kapitalistisch

Die Offensive der UCK Anfang 1998 fiel zusammen mit aufstandsähnlichen Bewegungen der Kosovaren nach verstärkten Übergriffen der serbischen Armee. In den Dörfern wurden bewaffnete Milizen zur Verteidigung gegen die serbischen Armee- und Polizeikräfte gebildet, die sich der UCK zugehörig fühlten. So wuchs die UCK innerhalb einiger Wochen von 300 auf ca. 30.000 Mitglieder an. Formell immer noch eine linke Bewegung hatte sie sich mit kosovo-albanischen Clanführern zusammengetan und entwickelte sich mehr und mehr zu einer rein nationalistischen Be-

wegung. Jakup Krasniqi, ein UCK-Führer, sagte: „Ich denke nicht, daß wir eine Ideologie haben. Tatsache ist, daß wir keine Zeit für solche Dinge haben, selbst wenn wir daran interessiert wären, weil wir unsere Hauptaufgabe zu erfüllen haben und das ist die Befreiung.“ Wenn eine nationale Befreiungsbewegung aber nicht bewußt ein Programm für soziale Befreiung und die Abschaffung der kapitalistischen Verhältnisse annimmt, so wird sie zwangsläufig die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse verteidigen und unter den Einfluß der herrschenden Klassen von Großgrundbesitzern und Kapitalisten geraten. Nach dem Zusammenbruch des stalinistischen Regimes, einschließlich dem in Albanien, stellten diese Systeme keine Attraktivität mehr für nationale Befreiungsbewegungen dar. Aufgrund des Fehlens einer starken demokratisch-sozialistischen Alternative wurden so die pro-kapitalistischen Kräfte in der UCK gestärkt. Damit einher ging eine rein militärische Strategie, die auch Angriffe auf serbische Zivilisten beinhaltete.

UCK und NATO

Der Fähigkeit eine unabhängige Politik und einen unab-

hängigen Weg einzuschlagen beraubt, begab sich die UCK-Führung bei den Verhandlungen von Rambouillet ins Schlepptau der NATO. Sie war bereit auf einen unabhängigen Kosovo zu verzichten und unterschrieb den Vertragstext, der einen Autonomiestatus als Teil des jugoslawischen Bundesstaates vorsah. Seit dem Beginn der Bombardements hat die inoffizielle Zusammenarbeit zwischen NATO und UCK zugenommen. So ist es nicht verwunderlich, daß UCK-Führer darauf bestehen, daß keine UNO-Truppe, sondern eine NATO-Truppe in den Kosovo einmarschieren soll. Die UCK-Führer unterstützen die Besetzung des Kosovo durch NATO-Truppen. Damit liefern sie die Kosovaren einer neuen Fremdbestimmung aus. Sie hoffen darauf, in einem autonomen Kosovo bzw. einem NATO-Protectorat gebraucht zu werden und zur neuen Ordnungsmacht zu werden.

Die UCK ist eine nationalistische und pro-kapitalistische Organisation. Sie hat kein Programm und keine Strategie, um die Probleme der kosovarischen Massen zu lösen. Die SAV lehnt jegliche politische oder militärische Unterstützung für die UCK ab. Gleichwohl ist die UCK nicht mit der jugoslawischen Armee oder der NATO gleichzusetzen. Die Kosovo-AlbanerInnen haben ein Recht darauf, sich gegen die serbische Unterdrückung bewaffnet zur Wehr zu setzen und sich zu verteidigen - genauso wie serbische ArbeiterInnen und Bauern ein recht



1998: US-Sonderbotschafter Richard Holbrooke beim Besuch im Hauptquartier der Kosovo-Befreiungsarmee UCK.

haben, sich gegen Übergriffe der UCK zu verteidigen. In der UCK kämpfen tausende einfacher ArbeiterInnen, um ihre Familien und Dörfer zu verteidigen. An sie geht unser Appell mit der Unterstützung für den NATO-Imperialismus zu brechen und den Kampf für ein unabhängiges, demokratisches und sozialistisches Kosovo aufzunehmen.

Aussichten

Die Zukunft ist alles andere als gewiß. Konfrontiert mit einem undemokratischen Kosovo, in dem westliche Diplomaten das Sagen haben werden,

sind Konflikte zwischen kosovo-albanischen Bevölkerung und den zukünftigen UNO/NATO-Besatzern programmiert. Dies wird auf nicht spurlos an der UCK vorbeigehen. Spannungen und Spaltungen sind unausweichlich, wenn die ArbeiterInnen und Jugendlichen den Kampf für wirkliche Unabhängigkeit wieder aufnehmen werden. Doch die UCK wird wohl zur Statthalterin des US-Imperialismus werden und neue, wirklich demokratische Organisationen der ArbeiterInnen, Bauern und Jugendlichen müssen geschaffen werden.

Schauprozess gegen Öcalan

Staat und Militär wollen die Kapitulation

Während der PKK-Vorsitzende Öcalan, genannt Apo, vom Gerichtssaal aus an den Friedenswillen des türkischen Staates appelliert, ist die Unterdrückung der Kurden verschärft worden. Im Wahlkampf wurde Veranstaltungen der kurdischen Partei HADEP verboten, einige Anhänger fielen Mordanschlägen zum Opfer. HADEP-Stimmzettel landeten auf einer Müllkippe. Am 11. Mai setzte die türkische Armee bei Sirmak Giftgas gegen kurdische Guerilleros ein.

Claus Ludwig, Köln

Die Welle der nationalistischen Propaganda nach Öcalans Entführung hat zu einem Wahlerfolg der faschistischen MHP („Graue Wölfe“) geführt. Sie erreichte 18 Prozent und ist zum erstenmal seit den 70er Jahren an der Regierung beteiligt. Ihre Anhänger bilden die Basis der terroristischen „Konterguerilla“, die für Morde an Kurden, Gewerkschaftern und Linksoppositionellen verantwortlich ist.

Der durch einen Mordversuch gesundheitlich schwer angeschlagene Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD, Akin Birdal, wurde wegen kritischer Äußerungen zum Krieg in Kurdistan zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Öcalan-Prozess selbst ist eine Farce. Die Anwälte werden bedroht und können nicht ungestört mit ihrem Mandanten sprechen.

Warum appelliert Apo jetzt an die Friedfertigkeit des türkischen Regimes anstatt die

ren, daß der türkische Staat für über 30.000 Tote im Kurdistan-Krieg verantwortlich ist? Warum nennt er die Türkei ein „demokratisch-republikanisches System“?

Diplomatie gescheitert

Ohne Zweifel hat die Isolation Öcalan schwer mitgenommen. Doch unabhängig, ob Apo gefoltert wurde oder die staatlichen Medien seine Aussage nur bruchstückhaft zitierten: Öcalan knüpft mit diesen Äußerungen an seine Vorschläge während seines Aufenthalts in Italien an. Auch das PKK-Parteipräsidium unterstützt in einer Erklärung vom 2. Juni offiziell seinen Kurs.

Die Führung der PKK hat im letzten Jahr analysiert, daß ein militärischer Sieg der Guerilla ausgeschlossen ist und eine diplomatische Offensive eingeleitet. Doch Öcalans Reisediplomatie in Europa blieb erfolglos. Für die EU und die USA ist das Andauern des blutigen Krieges ein akzeptabler Preis für die Sicherung der NATO-Südostflanke.

Umorientierung nötig

Eine Umorientierung des kurdischen Befreiungskampfes

schen Truppen gehen weiter vor. So bleibt der PKK nach einem Scheitern ihrer Vorschläge nur noch die erneute Verstärkung des Guerilla-Krieges, ohne daß sie dadurch politisch in die Offensive kommt.

Der einzige Weg heraus aus der Sackgasse für die kurdische Bewegung ist die Verbindung der nationalen Forderungen mit der sozialen Frage. Die wirtschaftliche Lage hat zu tiefer Frustration bei den arbeitenden Menschen geführt. In der Westtürkei leben Millionen kurdische Arbeiter und Jugendliche. Sie können die Brücke zur türkischen Arbeiterklasse sein. Kurdische AktivistInnen sollten ihre Kraft einsetzen, um eine Bewegung aufzubauen, die an den gemeinsamen Interessen der Arbeiter und der armen Bauernschaft ansetzt. Sie sollten für einen gemeinsamen Kampf gegen Armut und Rückständigkeit eintreten, für eine enge Beziehung zwischen Kurden und Türken in einem sozialistischen Staatenbund des Nahen Ostens.

Apos Strategie im Gericht ist keine Hilfe im Kampf gegen den türkischen Nationalismus. Er nutzt nicht die Möglichkeit, die Verbrechen des Staates anzuklagen. Seine Entschuldigungen für PKK-Aktionen gehen am Kern der Sache vorbei. Die PKK hat Fehler gemacht, aber sie braucht sich nicht für ihre Forderung nach einem freien Kurdistan entschuldigen. So wie Öcalan und die PKK-Führung argumentieren, versetzen sie das Regime in die Lage, die Kurden als Ter-



Tommy Sheridan legt einen ungewöhnlichen Eid ab.

Erste Wahlen zum schottischen Parlament

Tommy Sheridan, Mitglied der schottischen Sektion des „Komitees für eine Arbeiterinternationale“ und Mitbegründer der Schottischen Sozialistischen Partei (SSP), wurde am 1. Mai in das schottische Regionalparlament gewählt.

Philipp Stott, Glasgow

Tommy Sheridans Wahl bedeutet eine massenhafte Verbreitung von sozialistischen Ideen. Der „Scottish Daily Record“, der von einer Million Schotten (20 Prozent der Bevölkerung) gelesen wird schrieb: „Labour wird ihn hasen, denn er wird sich daran erinnern wie sie selber einmal waren... Die SNP (Schottische Nationale Partei, d.Ü.) wird ihn verabscheuen, denn er wird wahrscheinlich mehr Schlagzeilen machen als sie. Und die Liberaldemokraten und Konservativen werden beleidigt sein von der Frechheit dieses Volksverhetzers der vor niemandem Respekt hat außer vor den Armen.“

Über Tommys Protest gegen die Ableistung eines Treueschwurs auf die Königin bei der Vereidigung im Parlament

schottischen Volk und nicht bei einem ungewählten Monarchen liegt.

Die Parteien des Kapitals haben es nicht geschafft, ArbeiterInnen und Jugendliche zur Wahlbeteiligung zu bewegen. Diese lag bei 58 Prozent, was den Mangel an Enthusiasmus für die bürgerlich-kapitalistischen Parteien, einschließlich der SNP, ausdrückt.

Tony Blairs Neue Labour Partei kann nur in Koalition mit den Liberaldemokraten eine Regierung bilden. Die SNP hat keinen Durchbruch geschafft, obwohl sie 29 Prozent erreichten und 35 von 129 Abgeordneten stellen.

Die für die Unabhängigkeit Schottlands eintretende SNP wurde zum Opfer einer massiven Anti-Unabhängigkeits-Kampagne der Presse, der La-

bour Partei und des Kapitals die die Ängste der herrschenden Klasse vor einem Anwachsen der Unterstützung für ein unabhängiges Schottland ausdrückte. Die Nationalisten waren unfähig dieser Propaganda etwas entgegenzusetzen, da sie für ein kapitalistisches Schottland eintreten, das von Arbeitslosigkeit und Billiglöhnen dominiert würde.

Die Schottische Sozialistische Partei hat durch Flugblätter und einen Fernsehspot, der 300 Eintritten führte, sozialistische Ideen an Millionen hergetragen. Leider trat Arthur Scargills (Vorsitzender der Bergarbeitergewerkschaft d.Ü.) Sozialistische Labour Partei (SLP) auch bei den Wahlen an, obwohl die SLP Anstrengungen unternommen hatte, eine vereinigte sozialistische Kandidatur zu erreichen. Die SLP erzielte Erfolge in den Bergarbeiterregionen und erreichte landesweit 2,3 Prozent im Vergleich zu 2 Prozent für die SSP. Zusammen erzielte sozialistische KandidatInnen 125.000 Stimmen (5 Prozent). Die SSP hat aber am meisten von den Wahlen profitiert. Durch Tommy Sheridans Wahlsieg und die starke Öffentlichkeitarbeit hat sie nun weit über 1.000 Mitglieder und wächst rapide an.

Die SSP hat das Potential in den kommenden Monaten und Jahren zu einer entscheidenden Kraft zu werden. Das Programm, die Strategie und Taktik des CWI sind entscheidend um den Erfolg für die SSP in der kommenden Periode zu garantieren.

Schottische Sozialistische Partei

Die Schottische Sozialistische Partei (SSP) wurde Ende 1998 gegründet. Sie ist aus der Schottischen Sozialistischen Allianz hervorgegangen, einem Wahl- und Aktionsbündnis, an dem sich die schottische Schwesterorganisation der SAV und andere SozialistInnen und GewerkschafterInnen beteiligten hatten. Die SSP hat einen „breiten“ Charakter, das heißt, in ihr arbeiten revolutionäre SozialistInnen gemeinsam mit anderen Lin-



Der internationale Demoblock der SAV und ihrer Schwesterparteien am 29. Mai in Köln

Internationale Demo Riesenerfolg

30.000 demonstrieren gegen Krieg und Sozialabbau

Über 30.000 ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche aus 16 europäischen Ländern demonstrierten am 29. Mai in Köln anlässlich des EU-Regierungsgipfels gegen den Krieg auf dem Balkan, Massenarbeitslosigkeit, ungesicherte Arbeitsverhältnisse, Sozialabbau und Rassismus. Die SAV bildete zusammen mit Delegationen ihrer Schwesterorganisationen aus Schweden, Österreich, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Russland bildeten einen lautstarken und kämpferischen, sozialistischen Block mit über 500 Leuten.

Die erfolgreiche Demonstration machte deutlich, daß internationale Gegenwehr gegen die kapitalistischen Regierungen jeder Couleur und gegen die Banken und Konzerne notwendig ist und dafür ein großes Potential besteht. Das Euromarsch-Netzwerk, an dem sich die SAV und das Komitee für eine Arbeiterinternationale seit seiner Gründung beteiligen, hat darauf hingewiesen, daß diese Demonstration in ihrer sozialen Zusammensetzung sogar vielfältiger war, als die Demonstration 1997 in Amsterdam. Besonders hervorzu-

heben ist wohl, daß mit der Gewerkschaft NGG zum ersten Mal eine deutsche Gewerkschaft eine Euromarsch-Initiative mitgetragen hat.

Polizei inszeniert Zwischenfall

Mit der völlig aus der Luft gegriffenen Behauptung, von einem Lautsprecherwagen würden hunderte Steinschleudern ausgegeben, rechtfertigte die Polizei ihre Schlagstockeinsätze und die zweitweise Spaltung der Demonstration und Isolierung des antifaschistischen Blocks. Nachdem die Demonstrationsleitung dem Polizeieinsatzleiter Granitzka mitgeteilt hat, daß keine Schleudern verteilt werden und dieser erklärte, er „vertraue“ den Informationen der Demonstrationsleitung und würde die Information an die Polizisten korrigieren, konnte ein Mitglied der Demonstrationsleitung zufällig über den Helmempfänger des neben ihm laufenden Polizeigruppenführers die Anweisung der Einsatzleitung vernehmen: es sind überall Zwillen ausgeteilt; bitte in Sicherheitsstellung gehen.

Diese offensichtliche Inszenierung einer Auseinanderset-

zung hatte nach Ansicht von Thies's Gleiss, Anmelder der Demonstration, folgenden Grund: „Der Zweck ist offensichtlich: es ging darum, der Presse einen Zwischenfall präsentieren zu können, um im Nachhinein den Polizeieinsatz rechtfertigen zu können.“ Gleiss weißt aber auch darauf hin, daß der Polizeieinsatz verstärkt wurde, weil sich die Demonstration, die ursprünglich gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau ausgerichtet war, auch gegen den Krieg gerichtet hat.

CWI-Kontingent

Die Mitglieder des Komitees für eine Arbeiterinternationale verbreiteten eine deutliche Botschaft: sie marschierten hinter einem Banner, auf dem in verschiedenen Sprachen „Für Arbeitereinheit - für ein sozialistisches Europa“ stand. Immer wieder betonten die RednerInnen auf dem CWI-Lautsprecherwagen die Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft und des Aufbaus neuer sozialistischer Arbeiterparteien international.

Sascha Stanicic, Köln

SAV kandidiert in Rostock

Für eine sozialistische Kommunalpolitik

Die SAV Rostock hat am 13. Juni bei den Kommunalwahlen kandidiert um der permanenten Kürzungswut der etablierten Parteien auf kommunaler Ebene und deren „Sachzwangpolitik“ etwas entgegenzusetzen und unsere sozialistische Alternative möglichst vielen ArbeiterInnen und Jugendlichen darzustellen.

Christine Lehnert, René Henze, Kandidatinnen der SAV

Damit kandidierten wir zum ersten Mal in Ostdeutschland gegen die PDS. Die PDS stimmt dem Großteil der Kürzungen und Privatisierungen mit der Begründung zu, es gäbe keinen Spielraum für soziale Politik. Im Klartext bedeutete dies, daß Kitas geschlossen und kommunales Eigentum verscherbelt würde, und eine „Verwaltungsreform“ im Einklang mit der SPD auf die Beine gebracht werden soll, die Entlassungen und Arbeitsverdichtung nach sich zieht. Diese Politik führt zu wachsender Enttäuschung in der Bevölkerung, auch wenn viele die PDS weiterhin wählen, weil es noch keine starke Alternative gibt.

SAV-Wahlantritt

Unsere Kandidatur ist ein Schritt gewesen, um all diesen

Unzufriedenen ein sozialistisches Angebot zu machen. Natürlich bedeutet dies nicht, irgendetwelche Illusionen in den Parlamentarismus zu schüren.

Wir sagen ganz deutlich, daß wir keine Stellvertreterpolitik machen wollen, sondern mit der Masse der KollegInnen in den Betrieben, den Jugendlichen in Schule oder Uni den Kampf für Verbesserungen führen wollen. Wir zeigen in unserem Kommunalwahlprogramm, von dem wir schon 250 Stück verkauft haben, auf, wo es Spielraum in der Stadt gäbe.

Zum Beispiel verschleudert die Stadt 240 Millionen Mark für eine Internationale Gartenschau - IGA, wo nur ein paar ABM-Stellen rauskommen. Dabei könnte man mit diesem Geld alle Schulen sanieren und Jugendtreffs bauen und somit auch Arbeitsstellen schaffen.

Desweiteren fordern wir, daß die Stadt sofort die Zinszahlungen an die Banken einstellt. 39 Millionen hätte die Stadt dadurch mehr zur Verfügung.

Es geht auch anders!

Mit unserer Kandidatur wollen wir aufzeigen, daß es auch anders geht. Nämlich daß Politik für Arbeiter, Arbeitslose, für Rentner und Jugendliche gemacht werden kann. Die SAV führt einen aktiven Wahlkampf und verbindet ihn mit

dem Kampf gegen den Krieg. Wir beteiligen uns an täglichen Antikriegsmahnwachen und führen fast täglich Info-Stände durch. Außerdem gehören wir zu den Aufrufern einer Demonstration gegen einen geplanten Nazi-Aufmarsch der NPD am 2. Juni.

Geh aufs Ganze!

Es muß aber auch klar sein, daß die Stadt Rostock, selbst bei der „besten“ Politik, nicht alle Probleme lösen könnte. Die große Politik, und damit die Vorgaben für die Kommune, wird nunmal in der Landes- und Bundesregierung gemacht und das große Geld sitzt nunmal bei den großen Banken, Versicherungen und Konzernen, bei den großen Aktionären und Superreichen.

Unsere Forderung lautet deshalb: Die Reichen sollen zahlen.

Für eine sozialistische Gesellschaft!

Wir wollen uns nicht mit den Krümeln vom Kuchen zufrieden geben, sondern holen uns die ganze Bäckerei! Der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft ist nötig, um das Leben in der Stadt Rostock und überall lebenswert zu machen.

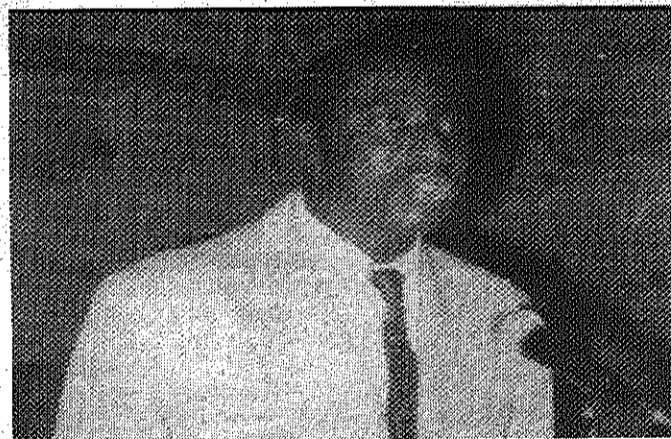
9. 6. 1999

Lanre Arogundade gegen Kautionsfreier - Mordanklage besteht weiter

Lanre Arogundade, Vorsitzender der Journalistengewerkschaft in der nigerianischen Hauptstadt Lagos und Mitglied im Democratic Socialist Movement (DSM, Schwesterpartei der SAV in Nigeria) wurde am 25. April verhaftet. Er wird beschuldigt, am Mord an der ehemaligen Schatzmeisterin der Journalistengewerkschaft beteiligt gewesen zu sein. Es gibt keinen Beweis, der die Anklage stützt, aber viele Hinweise auf eine Verschwörung gegen Lanre.

In einem Unrechtsstaat wie Nigeria, wo es keine Pressefreiheit gibt und wo bis Ende Mai noch eine offene Militärdiktatur an der Macht war, ist die Lücke zwischen „Recht haben“ und „Recht bekommen“ noch größer als in anderen Ländern. Mittlerweile wurde Lanre Arogundade auf Kautionsfreilassung, die Anklagepunkte wurden aber nicht fallengelassen und sein Leben und seine Freiheit sind nach wie vor bedroht.

Die Parteien des Komitees für eine Arbeiterinternationale haben am 28. Mai einen internationalen Protesttag organisiert. An den Boten Nigérias wurden Petitionen übergeben, in denen die sofortige Niederschlagung aller Anklagen gegen Lanre gefordert wurde. Wir fordern jede/n LeserIn auf, die Kampagne „Freiheit für Lanre Arogundade“ zu unterstützen. Presseerklärungen, aktuelle Informationen zum Fall und Unterschriftenlisten sind erhältlich bei Johannes Bauer, Esserstr. 48, 51105 Köln, Tel. (0221) 830 63 81, Fax (0221) 830 63 97. Spenden bitte überweisen auf Kto. Nr. 20 77 27 9, BLZ 370 400 44, Kennwort „Lanre“.



Lanre Arogundade

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelterstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Abonniert VORAN!

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- zusätzlich __ Exemplare zum Weiterverkauf

Name, Adresse

Einsenden an SAV, Hansaring 4, 50670 Köln

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19.00 Uhr, „Au Petit Bistro“, Adalbertsteinweg 119
OG Nord: Mittwochs, 19.30 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Umwelt- u. Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro

Berlin

OG Treptow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbsthilfezentrum, Fennstr. 31, S-Bahnhof Schöneweide
OG Prenzlauer Berg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 26, S-Bahn Prenzlauer Allee, Linien 1 oder 20
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro

Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Hastedter Osterdeich 230.
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Bremerhaven

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

bei der SAV-Bundeszentrale

Frankfurt/Main

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Hamburg

Gerade Wochen: Dienstags, 19 Uhr, im GWA St. Pauli, Hamburger Höchstr. 2 (S-Bahn Reeperbahn), Ungerade Wochen: Mittwochs, 19.00 Uhr, Haus der Jugend (Steinikestraße, S-Bahn Harburg Rathaus)
29. 06. GWA St. Pauli: SAV/ CWI – Wer wir sind und was wir wollen.
Infos unter Tel. (040) 7662 17 97

Kassel

Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522

Kiel

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Köln

Kapelle. Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

Rostock

SAV-Treffen jede Woche donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 92 (Eingang über Grüner Weg), Infos unter Tel. (0381) 4996590 im SAV-Büro

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr im Nordafrikanischen Verein, an der Unterführung 12 (neben der Motte), Infos, Tel.: (0271) 51 291

Stuttgart

21. 4.: „Stuttgart 21“
jeweil mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
Infos unter Tel.: (07 11) 242442

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 13 45 04: Darmstadt, Duisburg, Göttingen, Krefeld, und Saarbrücken.

Der Krieg und unsere Aktivitäten dagegen haben zu einer veränderten Zeitungsplanung geführt. Die Ausgaben 206 und 207 ha-



VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Sascha Stanicic
Erscheinungsweise: Monatlich

VORAN

Solidaritätspreis 3,- DM

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 206 Juni/Juli 1999 1 DM Solidaritätspreis 3 DM

SAV

(02 21) 13 45 0
Anrufen, Informieren, Mitmachen

Kriegsende ist kein Frieden

In 79 Tagen Balkankrieg hat die NATO 36.000 Bombenangriffe geflogen. Erklärtes Ziel: Verhinderung einer humanitären Katastrophe im Kosovo und Schwächung des Milosevic-Regimes. Die Bilanz des Kriegs ist genau das Gegenteil. Tatsächlich ist der Balkankrieg ein Präzedenzfall für die neue Weltordnung des globalisierten Kapitalismus: Kriege und humanitäre Katastrophen weltweit.

Ursel Beck, Köln

Die Kosovoalbaner waren für die NATO das Alibi für das eigene imperialistische Kriegsziel: die militärische Kontrolle auf dem Balkan. Nach Beendigung des Krieges wird kein Kriegsminister mehr medienwirksame Auftritte um das weitere Schicksal der traumatisierten Kinder und vergewaltigten Frauen machen. Und noch als die letzten Bomben flogen und das Kriegsende noch nicht ausgehandelt war, kündigte der christdemokratische Berliner Innensenator an,

die Aufenthaltsgenehmigung für die Kriegsflüchtlinge nicht über Ende Juli zu verlängern.

Wenn der Westen den Flüchtlinge helfen wollte, wie so sind dann die Zustände in den Flüchtlingslagern auch heute noch so katastrophal? Eine Bundestagsdelegation, die Anfang Juni Flüchtlingslager besucht hatte, berichtete, in einem Lager betrage die Wochenration an Milch lediglich einen halben Liter. Das letzte Stück Obst hatten die Flüchtlinge nach eigenen An-

gaben vor zehn Tagen gesehen. Milliarden für Bomben und fünfzig Pfennig für Milch pro Flüchtling und pro Woche – das ist die Humanität der NATO.

NATO/UNO-Diktat über Kosovo

Wer glaubt, die 50.000 Mann starken NATO/UNO-Truppen werden zum Schutz und im Interesse der Bevölkerung des Kosovo stationiert, wird bald eines Besseren belehrt werden. Die NATO wollte nie ein unabhängiges Kosovo. Das Referendum von 1991, in dem sich über 90 Prozent für die Unabhängigkeit von Rest-Jugoslawien ausgesprochen haben, wurde von keiner einzigen westlichen Regierung anerkannt. Die drohende Unabhängigkeit, militärisch durchgesetzt von der UCK („Kosovo-Befreiungsarmee“), war der unmittelbare Anlaß für die Intervention der NATO. Der Vertrag von Rambouillet war ein Diktat über die Kosovo-Albaner. Sie sollten keine Unabhängigkeit bekommen, sondern Teil Serbiens bleiben. Die Herrschenden im Westen betrachten ein unabhängiges Kosovo als eine weitere Destabilisierung und Bedrohung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen auf dem Balkan und eine Intensivierung von Unabhängigkeitsbestrebungen – und kämpfen im eigenen Lager (z.B. Kurdistan).

Keine Unabhängigkeit

Selbst nach dem Vertreibungshorror der letzten Monate lehnen die NATO/UNO-Staaten Unabhängigkeit für

den Kosovo ab. Auch die Besatzung dient dazu, diese zu verhindern. Trotz Vertreibung und ethnischer Verfolgung von einer Million Kosovo-Albaner, trotz Massaker, trotz willkürlicher Erschießungen, trotz grausamer Terrorisierung der Bevölkerung ganzer Dörfer durch die Schergen des Milosevic-Regimes – NATO und UNO diktieren: Kosovo bleibt Teil Jugoslawiens. An den Verhandlungen über die Bedingungen zur Beendigung

des Krieges wurde kein Vertreter der Kosovoalbaner beteiligt.

Milosevic-Regime

Die westlichen Regimechefs übertrafen sich des Krieges darin, zu beweisen, daß sie nach dem Abkommen von Dayton noch als Unterstützer feierten, fallen haben.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Tod und Verwüstung: Die Folgen von zweieinhalb Monaten Dauer-Bombardement der NATO

Dafür steht die SAV:

- * Kein Vertrauen in Diplomatie und Verträge von UNO und Regierungen
- * Bezahlung der Bombenschäden und des Wiederaufbaus durch die Rüstungskonzerne, Kriegstreiber und Kapitalisten der NATO-Staaten
- * Schluß mit nationaler Unterdrückung – Gleiche Rechte für Albaner, Serben und alle anderen Volksgruppen im Kosovo
- * Aufbau multinationaler Arbeiterorganisationen in den Ländern des Balkans
- * Statt Fremdbestimmung durch NATO/UNO, Selbstbestimmungsrecht für den Kosovo
- * Internationale Einheit der ArbeiterInnen und Jugend gegen die UNO/NATO-Besatzung und für den Sturz des Milosevic- und aller anderen reaktionären Regime auf dem Balkan
- * Demokratische Selbstverwaltung des Kosovo durch Arbeiter und Bauern – Abzug von NATO/UNO-Truppen und von serbischer Armee und Polizei
- * Für ein unabhängiges sozialistisches Kosovo, für eine willige sozialistische Föderation der Länder des Balkans
- * Keine Abschiebungen und Zuzugsbegrenzung von Flüchtlingen. Rückkehr der Flüchtlinge in den Kosovo auf freiwilliger Grundlage
- * Für eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. Aufbau demokratischer Selbstorganisationsorgane der Flüchtlinge
- * Schluß mit dem Embargo gegen die Bevölkerung Jugoslawiens

Schwule und Lesben: Gleichstellung aller Lebensformen

Eine zügige Gleichstellung von Schwulen und Lesben wollte die Bundesregierung aus SPD und Grünen in Angriff nehmen. Volker Beck, grüner Abgeordneter und führender Kopf des LSVD (Lesben- und Schwulenverband), sprach sogar von den Grünen als der (!) Interessenvertretung für Schwule und Lesben.

Ingmar Meinecke, SAV-Dresden

Das war vor der Wahl. Mittlerweile wird von einer Gesetzesvorlage für die sogenannte Homohe im November oder Dezember '99 gemunkelt. Es soll ein Rechtsinstitut geschaf-

Kindern adoptieren können. Als Kritik an solchen Vereinbarungen aufkam, erklärte Volker Beck (Grüne), die Unzufriedenen hätten die Koalitionsverhandlungen „nicht verstanden“. Was man und frau allerdings langsam immer mehr versteht: Bündnis 90/Die Grünen werfen einen Grundsatz nach dem anderen über Bord. So erklärte der Sprecher des Bundesjustizministeriums, Bernhard Böhm, zur Frage der rechtlichen Gleichstellung von Lesben und Schwulen: „Allerdings ist jede Änderung, die eine Belastung für die öffentlichen Kassen darstellt, mit Vorsicht zu betrachten“.

rat“ Freund oder Freundin bei einem Notfall im Krankenhaus sehen können, die irren. Das Ganze ist nur eine symbolische Handlung, nach deren Erledigung man und frau sich eine Urkunde an die Wand nageln kann. Allerdings müssen alle „Heirats“willigen vorher eine Bankbürgschaft erbringen und sich notariell bestätigen lassen, daß beide eine auf Dauer angelegte Gemeinschaft führen wollen!!!

Lebensweisen gleichstellen

Auffallend ist, daß sich die politische Diskussion nur noch

ge durchgebracht, die die Privilegierung der Ehe aufheben sollen. Stattdessen sollen alle Lebensweisen gleichgestellt werden. Man und frau könnte dann die Menschen, die z.B. ein Besuchsrecht im Krankenhaus oder ein Zeugnisverweigerungsrecht haben, selbst bestimmen. Das ist ein Ansatz, der viel eher an den Lebensrealitäten orientiert ist und Beziehungen rechtlich nicht zu Abhängigkeitsverhältnissen werden läßt. Allerdings wird die sehr gute Arbeit von Christina Schenk die PDS wohl nicht dazu bewegen, öffentliche Kampagnen für diese rechtliche Gleichstellung und

Street in New York müssen die Homo- und Bisexuellen eigene Organisationen festigen und aufbauen, gegen jegliche Diskriminierung kämpfen. Denn die ist nach wie vor nicht verschwunden. Beispiel Hans-Jürgen Imer, CDU-Kreisvorsitzender von Herborn: er fand den Plan, die Gleichwertigkeit von Homo- und Heterosexualität in den hessischen Lehrplänen festzuschreiben, nur noch „pervers“. Wirklich pervers ist, daß Leute wie Herr Imer immer noch öffentlich auftreten können.

Klassenfragen

Aber ebenso müssen unsere

nen und Angestellte maßen. Dadurch muß die Brücke geschlagen werden. Die Arbeiterbewegung. Die Diskriminierung von Schwulen und Bisexuellen ist so wie die Diskriminierung von AusländerInnen und eine Klassenfrage. Herrschaftsprinzip des Kapitalismus heißt, teile und herrsche. Der Kampf gegen die Diskriminierung und für die Rechte muß fester Bestandteil des Kampfprogramms der Arbeiterbewegung sein. Dieser muß schließlich darin bestehen, den Kapitalismus abzuschaffen und eine sozialistische